

Ratsbeschluss über Ostring-Vertrag missachtet Souveränität der Bürger

Auf Veranlassung der CDU/FDP-Ratsmehrheit soll der Buchholzer Stadtrat in seiner 35. und letzten Sitzung (!) der laufenden Legislaturperiode am 5. Juli 2011 die Änderung des Vertrages mit dem Landkreis Harburg über den Bau des Ostrings beschließen. So lautet eine Beschlussvorlage aus der Stadtverwaltung.

Trotz dreier Urteile des Verwaltungsgerichts Lüneburg, mit denen der Planfeststellungsbeschluss für den Ostring aufgehoben wurde, soll die Stadt Buchholz nach dem Willen der Ratsmehrheit an dem Vertrag festhalten. Der Vertrag soll selbst für den Fall Bestand haben, dass die Urteile rechtskräftig werden. Eine Kündigungs- bzw. Ausstiegsmöglichkeit für die Stadt Buchholz soll nicht vereinbart werden.

Hierzu erklärt die Buchholzer Liste für Umwelt, Soziales und Nachhaltigkeit:

Der untaugliche Versuch der CDU/FDP-Ratsmehrheit, unmittelbar vor der Wahl noch vollendete Tatsachen in Bezug auf den Ostringvertrag zu schaffen, ist ignorant, undemokratisch und entlarvend. Nachdem die CDU zunächst eine Bürgerbefragung durchführen wollte, zu der es dann aber nicht gekommen ist, soll jetzt sogar den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit genommen werden, an der Wahlurne über das Schicksal dieser aus Sicht der Buchholzer Liste und vieler Bürger ökologisch schädlichen und finanziell nicht zu verantwortenden Straßenbaumaßnahme mitzuentcheiden. In seiner letzten Sitzung will der „alte“ Rat die souveräne Entscheidung des zukünftigen, am 11. September 2011 zu wählenden neuen Rates beschränken bzw. aushebeln. Dies wird zwar nicht gelingen, weil auch zukünftig der Ostring nicht gegen den Willen der Stadt Buchholz realisiert werden kann; dennoch stellt allein der Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen, eine krasse Missachtung der Souveränität der Bürgerinnen und Bürger dar. Hierdurch wird auch weiterer wirtschaftlicher Schaden für die Stadt Buchholz herbeigeführt, wenn ohne Not noch kurz vor Toresschluss finanzielle Verpflichtungen zulasten der Stadt eingegangen werden.

Handwerklich dilettantisch ist es, die Vertragsänderungen schon jetzt zur Entscheidung des Buchholzer Stadtrates zu stellen, obwohl ausweislich der Ratsdrucksache (DS 06-11/0773.002) diese Änderungen noch nicht durch die Rechtsberater des Landkreises geprüft wurden und sich die Kreisgremien bis dahin eine Zustimmung vorbehalten. Eine solche Vorgehensweise ist völlig unüblich, lässt einen erstaunlichen Mangel an Professionalität erkennen und ist Beleg dafür, dass Bürgermeister, CDU und FDP aus Angst vor dem Wählerwillen noch vor der Wahl Fakten schaffen wollen.

Aus diesem Grunde fordern wir den heutigen Rat dringend auf, am 5. Juli 2011 den Beschlussvorschlag abzulehnen. Stattdessen ist der Vertrag mit dem Landkreis Harburg über den Bau des Ostrings, dem durch die Urteile des Verwaltungsgerichts Lüneburg die Geschäftsgrundlage entzogen wurde, zu kündigen. Mindestens ist eine angemessene Kündigungsmöglichkeit für die Zeit nach der Wahl in den Vertrag aufzunehmen.

Buchholzer Liste für Umwelt, Soziales und Nachhaltigkeit

In der Buchholzer Liste haben sich Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden, die sich außerhalb der etablierten Parteien kommunalpolitisch in Buchholz i. d. N. engagieren wollen. Zur Verfolgung ihrer Ziele wird sich die Buchholzer Liste an der Kommunalwahl am 11. September 2011 in Buchholz beteiligen. Die Buchholzer Liste wurde im Mai 2011 gegründet und wird nach außen von den Vorständen Dr. Martin Dieckmann, Karsten Müller und Andreas Ziesemer vertreten.

Kontakt:

info@buchholzer-liste.de

www.buchholzer-liste.de

Pressekontakt:

Peter Eckhoff

0172/9755081

peter@eckhoff.info